

40 Prozent sind möglich – als linke Volkspartei

14 Thesen zu Lage und Zukunft der SPD

Von **Stefan Grönebaum und Stephan Grüger**

1. Das Wahlergebnis ist ein beispielloses Debakel und verbietet jedes „Weiter so“

Das Resultat vom 27. September 2009 ist nach elf Regierungsjahren ein einziges Debakel für die Schröder-SPD. Sie ist auf den harten Bänken der Opposition gelandet. Statt 20 Millionen wie 1998 haben diesmal nur gut zehn Millionen Wählerinnen und Wähler SPD gewählt. In vielen ländlichen Regionen Westdeutschlands liegt sie unter 20 Prozent, in zahlreichen deutschen Großstädten belegt sie hinter Union und Grünen oder hinter Union und Linkspartei Rang drei, in vielen Regionen Ostdeutschlands ist sie weit hinter Union und der Linkspartei dritte Kraft, südlich der Mainlinie hat sie nur noch einen direkt gewählten Abgeordneten.

Ihr Ergebnis ist schlechter als bei der ersten Bundestagswahl 1949 (29,2 Prozent), dem 17 Jahre in der Opposition folgten. Und es ist um Längen schlechter als das magere Ergebnis Oskar Lafontaines, der bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 ein Drittel der Stimmen einfuhr (33,5 Prozent, wenn man heute SPD und Linke zusammenzählt, kommt man in etwa auf dieses Ergebnis). Es liegt dicht am verheerenden Ergebnis vom Juli 1932 (21,6 Prozent), und es liegt fast 100 Jahre später weit hinter den 34 Prozent von 1912.

Nun sieht sie sich auf den Oppositionsbänken neben einem linken Konkurrenten wieder und muss sich trotz des schweren Erbes von Rot-Grün und Schwarz-Rot, trotz des Verlustes von hunderttausenden Mitgliedern, vieler Landesregierungen und tausender kommunaler Mandate als Volkspartei reorganisieren. Eine ganze Führungsgeneration tritt ab (Schmidt, Schily, Struck) oder steht vor den Scherben ihres eigenen neue Mitte- und großkoalitionären Kurses (Müntefering, Scholz, Steinbrück und Kanzlerkandidat Steinmeier, der – als Vater der Agenda 2010 und früherer Kanzleramtsminister – Gerhard Schröder vielfach verbunden ist).

2. Die Schröder-SPD und ihr Kurs der Anpassung an den neoliberalen Mainstream sind krachend gescheitert

Das Wahlergebnis deckt in aller Deutlichkeit auf: Der tendenziell neoliberale Kurs der Schröderianer, die seit den späten 90er Jahren alle Kommandohöhen in der SPD (Vorsitz, Präsidium, Vorstand, Fraktionsspitze) übernommen hatten, ist gescheitert. Die Schröder-

Linie hatte sich am Ende der Ausscheidungskämpfe der Enkel um die Kanzlerkandidatur durchgesetzt und war mit dem Vorsitzenden Oskar Lafontaine 1998 an die Macht gekommen. Den Weg hierfür eröffnete unfreiwillig Helmut Kohl, der nicht verstehen wollte, dass seine Zeit abgelaufen war und dabei die CDU, in der niemand mehr war, der dies gegen Kohl hätte verhindern können, in eine verheerende Wahlniederlage führte. Der Erfolg der SPD belegte die politikwissenschaftlichen Binsenwahrheiten, dass Wahlen vom Amtsinhaber verloren werden, wenn der oder die Herausforderer mit einem oder in diesem Fall mit gleich zwei attraktiven Kandidaten aufwarten können.

Nach Lafontaines Abgang im Frühjahr 1999 hatte der Schröder-Flügel den Spagat zwischen wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Gerechtigkeit zugunsten einer angebotsorientierten, marktfreundlichen, sozialstaats- und umverteilungskritischen Position aufgegeben. So wollte er die sogenannte neue Mitte um die „Leistungsträger“ in den Mittelschichten“ ebenso überzeugen wie breite Arbeitnehmer- und Unterschichten. Letztlich galt die Parole: „Was gut ist für die Wirtschaft, ist gut für Euch.“ Unter diesem Motto senkte man die Spitzensteuersätze, begünstigte die Wirtschaft bei Reformen, zog einen Niedriglohnsektor hoch und kürzte die Sozialleistungen.

Allerdings machten sich die selbst ernannten „Modernisierer“ nach dem gescheiterten „Programmputsch“ des Schröder-Blair-Papiers kaum noch die Mühe, die Partei zu überzeugen. Die Regierung handelte und kam den Wirtschaftslobbyisten der Großkonzerne weit entgegen. Der Kanzler vertraute darauf, dass er „mit Bild, BamS und Glotze“ regieren könne. Also im Klartext: Mit den Medien (und der Industrie) gegen die Gremien und die Basis der Partei. In der Partei konnte er seine „Basta-Politik“ brachial durchsetzen, bei den Wählern floppte dieser mediale Putschismus im Dienste der Wettbewerbsfähigkeit. Zuerst bei den Unterschichten, dann bei wachsenden Teilen der Mittelschichten kamen die Hartz-Reformen 2003 als Kampfansage an. Sie strafte die SPD seither bei den meisten Wahlen ab. Doch die SPD-Spitze hielt eisern Kurs und führte im informellen Bündnis mit der Union die „Reformen“ gegen eigene Mitglieder und Wähler durch. Das man damit der Linken eine Steilvorlage zur Ausdehnung nach Westdeutschland lieferte, wurde offenbar billigend in Kauf genommen. Als 2004/2005 die Mitglieder der SPD in Scharen davonliefen und die Wähler Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen ein weiteres Mandat verweigerten, retteten sich Schröder und Müntefering mit einem Coup in Neuwahlen: Sie nahmen die SPD damit als Geisel gegen den sich nach der erneuten Niederlage einer Landes-SPD wegen des Kurses der Regierung Schröder abzeichnenden Aufstandes der Basis beim Bundesparteitag 2005. Der Coup gelang: Der Aufstand blieb aus, die SPD blieb in der Bundesregierung – dank eines schlaunen

„Kleineres-Übel-Wahlkampf“ sowie der taktischen Unbedarftheit und ideologischen Verbohrtheit von Merkel und Union („der Professor aus Heidelberg“).

3. Es gab nie eine gleiche Augenhöhe in der großen Koalition

Die Rede von der „gleichen Augenhöhe“ der beiden Volksparteien in der großen Koalition war trotz der geringen Mandatsunterschiede von Beginn an eine Notlüge der SPD-Führung: Die größere Partei, die den Kanzler bzw. die Kanzlerin stellt, ist im Vorteil, es sei denn die Bürgerinnen und Bürger trauen dem kleineren Partner eine echte Alternative zu, wie der SPD in der großen Koalition 1966 bis 1969. Aber während damals der Kandidat Willy Brandt hieß und das Projekt „neue Ostpolitik“, blieb diesmal der Kandidat neben der Kanzlerin blass, themen- und chancenlos. Ein überwölbendes Thema kann nicht ausgemacht werden, es sei denn, man sieht das Fortführen der „Reformen“ zu Lasten der eigenen Klientel als Projekt an. Schließlich fehlte der SPD unter Merkel drittens eine Machtperspektive, wie Willy Brandt sie mit der FDP entwickelt hatte. Diesmal war die Perspektive einer Ampel angesichts der geringen inhaltlichen Übereinstimmungen zu keiner Zeit glaubwürdig: Mit Guido Westerwelle Bürgerversicherung und Mindestlohn durchzusetzen und Finanzmärkte zu regulieren, das ist absurd. So hatte die SPD von Beginn der großen Koalition an keine „Exit-Option“, keinen Punkt, an dem sie bei Strafe von Neuwahlen hätte Stopp sagen können. Merkel und die Union verstanden dies rasch und hatten ein angenehmes Regieren: die unsoziale Drecksarbeit wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Rente mit 67, den Gesundheitsfonds, die Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform zugunsten der Unternehmen trugen die Genossen getreulich mit.

4. Die SPD verlor, weil sie unglaubwürdig wurde, nicht wegen der „Gemeinheit“ anderer

Nun sehen sich viele vom Ergebnis erschütterte Genossen zu Unrecht abgestraft: „Wir haben doch alles richtig gemacht, die Reformen waren notwendig, unsere Minister sind die Besseren und haben die Krise gemeistert, und nun werden wir von den Medien, der Wirtschaft und einer Kanzlerin bezwungen, die alles Positive vereinnahmt (zum Beispiel die Konjunkturprogramme) und das Negative (beispielsweise Rente mit 67) uns überlässt.“ Diese Sicht übersieht jedoch wichtige Zusammenhänge und verstellt den Blick auf das Wesentliche. Schlimmer noch: Sie ist selber interessengeleitet. Wer ihr folgt, muss nichts verändern, deshalb wird sie fast geschlossen von der Parteiführung vertreten. Diese ist verantwortlich für den Kurs der letzten elf Jahre und dessen (Wahl-)Resultate und hat geringes Interesse an einer ernsthaften Ursachenforschung. Dabei zeigen alle

Untersuchungen, dass die SPD abgestraft wurde, weil sie ihren Markenkern der sozialen Gerechtigkeit massiv beschädigt hat. Sie hat in Wahlkämpfen sozial geredet, aber in der Regierungspraxis anders gehandelt. Die Beispiele sind Legion: Von der Mehrwertsteuererhöhung bis zur Bahnprivatisierung, immer wieder hat die SPD gegen große Mehrheiten in Partei und Gesellschaft neoliberale Politik als vermeintlich alternativlos durchgesetzt. Wer wenige Tage vor der Bundestagswahl 2009 die Tobin-Steuer fordert, muss sich fragen lassen, warum er das nicht seit elf Jahren bei jeder Finanzministerkonferenz diskutiert hat.

Nicht das Volk, „der große Lämmel“ (Heinrich Heine), böse Medien oder Lobbyisten sind schuld, wenn die SPD nicht durchdringt und erbärmliche Glaubwürdigkeits- und Kompetenzwerte erhält. Sondern die SPD muss sich endlich fragen, warum Mitglieder und Wähler sich dauerhaft nicht vertreten fühlen und sie immer wieder dafür abstrafen. Und dies ist leicht beantwortet, wenn man sich die Entwicklung der Lohnquote, die Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Entwicklung der Armut und die Anzahl prekärer, ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse ansieht. Viele sozialen Indikatoren weisen darauf hin, dass Arbeitnehmer in Deutschland nach elf Jahren SPD an der Regierung nicht besser dastehen – ganz anders als die deutsche Exportwirtschaft, die weiß, was sie den Genossen verdankt, sie aber nie wählt.

5. Regieren ist kein Selbstzweck

Eine verheerende Fehleinschätzung ist offensichtlich auch die in der Schröder-SPD so beliebt gewordene These „Opposition ist Mist“. Aus den langen Oppositionsjahren der Kohl-Ära hat die SPD-Führung den Schluss gezogen, alles sei besser als Opposition. Nach 1998 wurde die These von Müntefering und Co. wie ein Mantra gebetet: Je mehr sich die SPD zu einer marktverliebten Mittelschichtpartei wandelte und dabei an inhaltlichem Profil, organisatorischer Kraft und elektoralem Gewicht verlor, desto wichtiger wurde für die Parteispitze die Beteiligung an der Regierung und ihren Ressourcen. Auf Dauer nutzte dies aber nur der Führung, die Basis zahlte dafür in den Straßenwahlkämpfen. Inzwischen ist die SPD in ihrer Substanz als Volkspartei bedroht. Radikale Erneuerung in der Opposition ist überlebenswichtig geworden. Nun darf man mit einem Blick auf die SPD in der Kohl-Ära bezweifeln, ob die Oppositionszeit immer genutzt wird. Aber dass ein „Weiter so“ nach den Wahlergebnissen gefährlicher sein dürfte, gebietet der gesunde Menschenverstand.

6. Die SPD muss sich entscheiden: Weiter mediale Kaderpartei oder wieder Volks- und Programmpartei?

Unter Schröder opferte die SPD-Parteiführung hunderttausende Mitglieder, etliche Landtags- und Kommunalwahlen „der Sache“, das heißt auch dem eigenen Machterhalt. Das Wahlergebnis zeigt, dass diese Strategie nur fortgeführt werden kann, wenn man auf die SPD als Volkspartei verzichtet. Es gibt ja die These von der „professionellen Rahmenpartei“, die vor allem von Topkadern abhängt, die über die Medien direkt mit Wählern und Öffentlichkeit kommunizieren. Bisher gab es überall noch Lippenbekenntnisse zur Volks- und Mitgliederpartei. Dabei agiert die Führung bereits weitgehend abgekoppelt: Gremien sind oft nur Testrunden, Parteitage dienen der nachträglichen Absegnung von Entscheidungen, der Wechsel von Strategien, Personen oder Personal verläuft laut dem Politikwissenschaftler und Parteienforscher Franz Walter „nach immer gleichem Muster: Ein kleiner Zirkel bereitet [...] vor, prescht dann überfallartig mittels der Massenmedien in die Öffentlichkeit, stellt so – mit der Mahnung, Geschlossenheit und Disziplin zu wahren – den Rest des Mittelbaus und der Basis vor finale Tatsachen. Der Putsch von oben ist zur Methode sozialdemokratischer Oligarchien im Prozess der organisatorischen Auflösung und ideologischen Entleerung der Partei geworden.“¹ Dadurch wurden viele der verbliebenen Aktivisten demobilisiert. Sprachlos-resigniert klammern sie sich an jeden Strohalm, der Hoffnung verspricht, wissen aber selbst nicht mehr, wofür die SPD steht.

Wenn die Partei mit diesem rigiden „Top-down“-Führungsansatz fortfährt, gehen ihr auch noch die letzten demokratisch engagierten Aktiven und Mitglieder von der Fahne. Übrig bleiben beruflich Interessierte (Hauptamtliche und Mandatsträger) und solche, die es werden wollen. Die Alternative ist eine konsequente Demokratisierung der Partei: endlich ernst machen mit dem Urwahlprinzip bei Nominierungen, Schluss mit den „Kungelrunden im Hinterzimmer“, die Partei muss die Kandidaten aufstellen, die sowohl die besten Chancen haben, gewählt zu werden, als auch am ehesten geeignet sind, ihr Amt auszufüllen. Übrigens sollten direktdemokratische Elemente nicht nur dann zum Zuge kommen, wenn es gilt, einen Kandidaten zu verhindern, wie bei der Mitgliederbefragung 1993.

Dass die Bundes- und viele Landesparteitage heute ruhiger ablaufen, hat vor allem drei Gründe: Erstens kommen immer dieselben, älter und saturierter gewordenen Leute. Zweitens sind die Delegierten heute meist selber langjährige Mandatsträger, kontrollieren sich also selbst. Und drittens wollen die Delegierten wie die Führung möglichst positiv in den

¹ Franz Walter, Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld 2009, S. 91f.

Medien auftauchen. Echte Debatten und Abstimmungen zu personellen Alternativen werden daher gemieden wie das Weihwasser vom Teufel. Allerdings wird eine SPD, die sich nur noch freundlich selbst bespiegelt, zu der bürgerlichen Honoratiorenpartei, die sie einst verachtet hat. Eine solche Partei will und bekommt keine Rückmeldung mehr aus dem Volk. Heute sind Bundesparteitage abgehobene, ganz auf Medienwirkung ausgerichtete Inszenierungen ohne Entscheidungscharakter. Hier wird tagsüber Geschlossenheit demonstriert und abends Karriere organisiert.

7. Die Wähler wählen diejenigen, die sie vertreten und nicht die Besserwisser

Die Wähler konnte die Schröder-SPD nicht in die Genossen-Disziplin nehmen. Ihnen hat sie unablässig bedeutet: Die Reformen sind notwendig und gut, kapiert das doch endlich! Die Bürgerinnen und Bürger haben aber das – richtige – Gefühl, von dieser Art von Reformen wenig Nutzen zu haben. Wem der Lohn gekürzt, die Arbeitszeit verlängert, die Abfindung besteuert, das Arbeitslosengeld verringert wird, dem hilft der Hinweis auf gesenkte „Lohnnebenkosten“ und gestärkte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie nur bedingt. Schlimmer noch: Die Modernisierer übernahmen Thatchers TINA-Behauptung (TINA = „There Is No Alternative“): „Zu unseren Reformen gibt es keine Alternative“.

Dagegen ist festzuhalten: Natürlich sind Reformen geboten. Aber erstens geht es auch anders (siehe Skandinavien), und zweitens waren die Schröder-Reformen wenig durchdacht, schlecht umgesetzt *und* vermittelt. Sie waren verheerend einseitig und verstießen gegen das Gerechtigkeitsempfinden der sogenannten kleinen Leute, die sich entgegen aller modischen Thesen immer noch vor allem vom Sozialstaat Schutz erhoffen, den die SPD als „Schutzmacht“ durchsetzen soll. In dieser Rolle als „Betriebsrat der Nation“ hatte die SPD einiges soziale Kapital angehäuft. Sie hat dieses aber unter Rot-Grün und Schwarz-Rot durch ihren unverantwortlichen Schleuderkurs zwischen sozialen Sprüchen und neoliberaler Politik belastet, ja verspielt. Sie verlor das Vertrauen der Unterschichten, aber auch der Mittelschichten (auch die erwartet Schutz vom Staat). Die Wähler haben erkannt, dass die SPD für die Interessen der Exportindustrie und der Finanzmärkte eingetreten ist – von der Senkung des Spitzensteuersatzes über die Abschaffung der paritätischen Finanzierung in den sozialen Sicherungssystemen und die Öffnung der Märkte für Private-Equity-Gesellschaften („Heuschrecken“) bis zu den Steuervorteilen für große Unternehmen. Deshalb glauben sie ihr die gelegentlichen antikapitalistischen Beteuerungen nicht mehr. Als neoliberale Partei wirkt die SPD stets unglaubwürdig, da wählt man doch eher das Original.

8. Die SPD am Ende von Schwarz-Rot: ein Torso

So bietet die SPD am Ende der großen Koalition ein Bild der Zerrissenheit und Verbrauchtheit. Einerseits hat sie – trotz linker Mehrheit im Bundestag – bis zuletzt vertragsgetreu zu Schwarz-Rot gestanden. Andererseits wirkt sie durch ihr teilweise irrationales Verhältnis zur Linkspartei wie ein unsicherer Kantonist. Ihr Verhältnis zu früheren politischen und gesellschaftlichen Partnern (Grüne und Gewerkschaften) hat sich seit 2003/2005 verschlechtert. Auf Bundesebene immer schwächer geworden, regiert sie nur noch in wenigen, kleineren Ländern, kommunal ist sie vielfach hinter Union, Grüne und Linke zurückgefallen, auf dem „flachen Land“ ist sie als wahrnehmbare Kraft vielfach verschwunden.

Innenparteilich dominiert der rechte Flügel aus „Seeheimern“ und „Netzwerkern“ in Partei- und Fraktionsspitze. Die Linken haben sich beim „Gang durch die (Führungs-)Institutionen“ entweder angepasst oder überwintern wenig bekannt in der Provinz. Die in der Schröder-Ära durch Wahlniederlagen dezimierten und durch „Organisationsreformen“ geschwächten Landesverbände (man denke an die Zerschlagung der NRW-Bezirke) kämpfen verzweifelt um mehr Selbstständigkeit. In der Mitte fehlt ein ordnendes Zentrum, das den Parteivorsitzenden trägt (wie die innerparteiliche und mediale Hetzjagd auf Kurt Beck 2008 bewies).

Auch deshalb die vielen Wechsel an der Spitze, die die Verunsicherung bei Mitgliedern und Wählern noch vergrößern. Die alte Parteiführung wirkt müde, ausgelaugt und unattraktiv, auch die zweite Garde ist auf Bundesebene dünn besetzt, in den Ländern haben einige wenige gute Nachwuchskräfte überwintert. Von hier und der kommunalen Ebene muss die personelle Erneuerung der Partei ausgehen.

9. Zur völlig falschen Zeit gibt die SPD die Arbeitnehmerperspektive auf

Die Sozialdemokratie hat sich verengt auf eine schmale Gruppe von Bildungsaufsteigern, mutiert gar zur linksbürgerlichen Honoratiorenpartei, die die Unterschichten der Union, der Linkspartei oder den Nichtwählern überlässt. Diese tendenziell neoliberale SPD der „Büroleiter und Geschäftsführer“ setzt auf Prämierung von Leistung jenseits von Stand und Klasse, strebt aber vor allem Bündnisse mit den bürgerlichen Parteien an, um „Wachstum und Wirtschaft“ zu fördern. Die „Modernisierer“ an der Spitze haben das alte Bündnis mit Arbeitern und deren Vertretern – wie den Gewerkschaften – sowie Unterschichten und linker Intelligenz aufgegeben. Während die Schröder-SPD den Arbeitnehmern eingeredet hat, sie

müssten – um des Wachstums willen – den Gürtel enger schnallen, muss eine erfolgreiche Sozialdemokratie für jedermann sichtbar dafür eintreten, dass die Nettoeallöhne derer, die die hohen zweistelligen Vermögenszuwächse der Reichen und Superreichen durch ihre Arbeit erst möglich gemacht haben, im gleichen Maße steigen – anstatt zu sinken wie unter Rot-Grün und Schwarz-Rot. Andernfalls verliert die SPD ihr Image als Partei der Arbeit und ihren Zugriff auf eine Vielzahl von Milieus.

10. Weder Markt noch Medien richten es für die SPD

Die gewandelte SPD sehen Politologen als „eine gemäßigt soziale, gemäßigt linksliberale, gemäßigt kosmopolitische Partei der gemäßigt halblinken Mitte [...], die durch handfesten Realismus ihre Interessen vertreten sehen will.“ Dagegen ist sie zu „einem harten Konflikt mit den bürgerlichen Globalisierungseliten weder fähig noch willens“² (deshalb gehen auch Plakate gegen Finanzhaie und ihre Interessenvertreter daneben – die Haie hat nicht die FDP ins Land geholt). Gerhard Schröders Irrtum, die Presse würde für ihn (und seine ideologischen Nachfolger) eintreten wie in England für Tony Blair, wurde spätestens durch die Berichterstattung des letzten Wahlkampfes widerlegt. Wie schief die strategische Lage einer tendenziell marktradikal agierenden SPD ist, zeigt die Finanzkrise des letzten Jahres – jeder Wähler weiß, es muss mehr und besser reguliert werden, aber wer traut das den jahrelang marktfrommen Genossen zu? So manövriert sich die bisherige SPD-Führung unentwegt in die Zange zwischen neoliberalen Eliten und ihrer eigenen, tief enttäuschten, sozialstaatsorientierten Klientel – was ihre Neigung zur Defensive und Anpassung an herrschende Dogmen wie „Der Staat ist der schlechtere Unternehmer“, „Sozial ist was Arbeit schafft“, „Wachstum ist das Wichtigste“ usw. verstärkt.

11. Die Linkspartei überflüssig machen statt ausgrenzen

Die defensive Haltung der SPD-Führung wird nirgends deutlicher als beim Umgang mit der Konkurrenz von links: Unter Herbert Wehner vergraulte die SPD 1960 mit dem Ausschluss des SDS eine ganze Generation linker Intellektueller. Auch Willy Brandt meinte 1970 seine Ostpolitik per Radikalenerlass absichern zu müssen (was er später bereute). Helmut Schmidt baute mit seiner autoritären Atom- und Doppelbeschlusspolitik seit 1979/80 die Grünen zur ernsthaften linken Konkurrenz auf. Und die Schröder-SPD trieb seit 2003 Gewerkschafter, linke Intelligenz sowie Arbeiter- und Unterschichtwähler der WASG bzw. der Linkspartei zu. Noch bei dem Desaster der Europawahl im Juni 2009 freute sich SPD-Chef Müntefering, es sei gelungen, die Linkspartei „klein zu halten“. Die konservativ-neoliberalen Parteien freuen

² Franz Walter, Ebda. S. 96 und 97.

sich auch: Die Verklemmungen der SPD gegenüber der Linkspartei – 20 Jahre nach dem Mauerfall – sichern der Union, dass linke Mehrheiten nicht zum Tragen kommen und die SPD als Juniorpartner an der Seite der Union dahinkümmert.

Die Linkspartei „bekämpft“ man jedoch weder mit Totschweigen noch Ausgrenzung, sondern mit attraktiver Politik und konkreten Projekten. Das beginnt damit zuzugeben, dass SPD und Linke inhaltlich mehr eint (wie weiland SPD und Grüne) als SPD und Union. Übrigens hatte auch Konrad Adenauer keine Probleme mit KPD-Stimmen, wenn er sie brauchte. Und die Anwürfe von Parteien mit Ex-FDJ-Agitpropsekretärinnen und früheren Blockflöten in Spitzenpositionen sollte man souverän ertragen.

12. Eine andere Politik ist möglich

Wenn die SPD dann noch für alle die Möglichkeit zum individuellen Handeln und zur sozialen und kulturellen Teilhabe sichert, wird sie nicht untergehen. In diesem, in Willy Brandts Sinn, ist es richtig, von „neuer Mitte“, von „Leistungsträgern“ zu reden. Und es fehlt ja nicht an richtigen Überschriften: Kostenfreie Bildung für alle, für gute Arbeit, mehr Demokratie und Teilhabe in Wirtschaft und Gesellschaft wagen, sozial investiver Staat, vorsorgender Staat etc. Und es fehlt nicht an guten Politikansätzen: gleichwertig fördernde und fordernde Arbeitsmarktpolitik, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie höhere soziale Durchlässigkeit und Gerechtigkeit durch kostenfreie Bildung und Betreuung, Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, mehr Wirtschaftsdemokratie, Energiewende hin zu dezentraler Erzeugung mit erneuerbaren Energien, ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft, angemessene Beteiligung der Vermögenden an Sozialleistungen (Bürgerversicherung, Grundeinkommen, Rentenversicherung) und Steuern (Erbchaft- und Vermögensteuerreform), nachhaltige Verkehrswende – um nur einige zu nennen.

13. Vierzig Prozent sind machbar

Hegemonial wird man nur aus eigener Kraft: Eine lange Regierungszeit kann eine Partei nur absichern, wenn sie ihr Regierungshandeln auch zum Aufbau, zum Erhalt und zur Weiterentwicklung eigener kultureller Hegemonie nutzt. Eine Regierungspartei, die dies nicht beachtet, zehrt sich und ihre Glaubwürdigkeit systematisch aus – wie es der SPD in den letzten elf Jahren widerfahren ist. Gerhard Schröder hat diese Binsenweisheit nicht verstanden. Er hat versucht, seine Regierung durch die Anpassung an die bestehende kulturelle Hegemonie des Marktradikalismus/Neoliberalismus gesellschaftlich zu legitimieren

und abzusichern. Er und seine Freunde haben sich dabei aber einer Ideologie bedient, die dummerweise mit der Programmatik der Sozialdemokratie inkompatibel ist.

Anknüpfungspunkte für ein Projekt mit hegemonialer Potenz müssen für die SPD, ausgehend von ihrem Parteiprogramm und ihrer historischen Rolle, folgende sein: erstens Stärkung und Ausbau der Arbeitnehmerrechte; zweitens Weiterentwicklung der Bürger- und Verbraucherrechte; drittens Absicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge; viertens Energiewende zu dezentralen und erneuerbaren Energien; fünftens Entwicklung eines solidarischen Gesundheitswesens und Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung; sechstens Ausbau des öffentlichen Sektors.

Wichtig ist dabei die Einbindung möglichst vieler gesellschaftlicher Kräfte, auch solcher, die nicht traditionell der SPD nahestehen. Dabei sind die Gewerkschaften nach wie vor und in Zukunft hoffentlich wieder in stärkerem Maße der erste Ansprechpartner, wenn es um Arbeit für eine bessere, eine gerechte und solidarische Gesellschaft geht. Ohne eine enge Zusammenarbeit mit Sozialverbänden, Umweltverbänden und den Kirchen ist kein erfolgreicher Neustart der SPD als führende Kraft einer Bundesregierung denkbar. Nicht zuletzt muss die SPD mit den Interessenverbänden und Organisationen von Handwerk und Mittelstand zusammenarbeiten und – so möglich – gemeinsame Positionen zu entwickeln (beispielsweise für eine dezentrale Energiewende).

Milieuforscher und Demoskopen haben oft beschrieben, dass die SPD prinzipiell die meisten Milieus anspricht und für rund 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wählbar ist. Wenn die SPD attraktive inhaltliche Angebote und glaubwürdige Personen anbietet, wie im Herbst 2006 in Berlin und Rheinland-Pfalz oder Anfang 2008 in Hessen, dann sind nach wie vor Ergebnisse von 40 Prozent möglich.

14. Für einen Aufbruch in die soziale Moderne

Das Debakel vom 27. September bedeutet das Ende der SPD als Regierungspartei im Bund und bringt auch die Schröder-SPD an ihr Ende. Wenn die SPD wieder linke Volkspartei werden will, braucht sie einen neuen Ansatz sozial-integrativer Politik, der sich erstens stärker für die Interessen der Arbeitnehmer, der kleinen Selbstständigen, Freiberufler und Handwerker sowie des Gemeinwohls und für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzt, der zweitens die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung wieder gleichwertig behandelt, und der drittens die Mehrheit mehr als bisher demokratisch und sozial einbezieht.

Die bisherige Parteispitze, die die Einseitigkeit, Selbstgefälligkeit und Ruppigkeit ihres Kurses verantwortet, muss abtreten. Die Partei muss sich nur vor dem Fehler hüten, jetzt wieder die bessere Regierung zu spielen. Wenn man Opposition ist, muss man sie auch machen, das heißt klare Gegenkonzepte vorstellen und mehrheitsfähig machen. Dazu gehört zweitens, dass man die Projekte – wie oben geschehen – klarstellt, mit denen man die politische Macht wieder erlangen will sowie gesellschaftliche und politische Bündnisse für diese hegemonialen Projekte organisiert. Drittens müssen bei den Kommunal- und Landtagswahlen Erfolge organisiert werden, um zu zeigen, dass die eigenen Inhalte tragen. Die Kommunen können Vorreiter für einen neuen innovativen und zugleich sozial-integrativen Kurs der SPD sein. Dessen Motto könnte lauten wie in Skandinavien: „Keiner wird zurückgelassen“. Und: Je mehr Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landtags- und Bundestagsabgeordnete die SPD gewinnt, desto größer ist das Reservoir für eine neue Offensive auf Bundesebene. Voraussetzung dafür ist schließlich, dass man selbstbewusst und zugleich selbstkritisch auf die letzten elf Jahre zurückschaut. Die SPD steht am Anfang ihres Weges in eine neue, soziale Moderne – nach dem Neoliberalismus. Diesen Weg mit neuer Kraft und neuem Mut zu beschreiten, ist die dringende Aufgabe der Gegenwart.